



## Kommunen im Vergleich

Als Vergleichsstädte für den Gleichbehandlungsbericht Wiens 2002 präsentieren sich

- Bremen
- Brüssel
- Helsinki
- Lübeck
- Stockholm

## Nord-Süd-Gefälle

Die Vergleichsstädte konzentrieren sich auf Mittel- und Nordeuropa, da entsprechende Gleichbehandlungsdaten aus südlich gelegenen Staaten wie Frankreich oder Italien nicht verfügbar sind und daher

keine Vergleiche zur gelebten Gleichbehandlung in diesen Staaten gezogen werden können. Während die Gleichbehandlungsbeauftragten in Städten wie Helsinki, Stockholm oder Bremen über teils ausführliche Jahresberichte verfügen, die sie an alle Interessierten weiterleiten, werden in den südeuropäischen Metropolen eher oberflächliche Schwerpunkte in der Auseinandersetzung mit Frauenförderung und Gleichbehandlung gesetzt. Zahlenmaterial gibt es meist nur für die allgemeine Beschäftigungsstruktur, die über die Gleichbehandlung in den einzelnen Tätigkeitsfeldern nichts aussagt.

Gleichbehandlung und Frauenförderung sind in den mittel- und nordeuropäischen Staaten Europas Bestandteile der Verwaltung, die zunehmend an Bedeutung gewinnen. Vor diesem Hintergrund hat ein Großteil der Vergleichsstädte Gleichbehandlungsbeauftragte, Frauenbüros oder andere adäquate Einrichtungen ins Leben gerufen. In einigen Städten besteht noch Nachholbedarf in der zentralen Bereitstellung von Zahlenmaterial und in der regelmäßigen Datenerfassung. Beispielsweise wird der Frauenstatistikbericht für Lübeck nur alle vier Jahre fortgeschrieben, auch in Bremen wird der Bericht „Personalcontrolling“ nur jedes fünfte Jahr aktualisiert.

Der vorliegende Jahresbericht bezieht sich auf die aktuellsten Gleichbehandlungsdaten der Vergleichsstädte. Erste Vorarbeiten für Neufassungen der einzelnen Berichte haben laut Angaben der Gleichbehandlungsbeauftragten keine signifikanten Änderungen der Struktur im Beschäftigungsverhältnis und in der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung ergeben.

- Freie Hansestadt Bremen - Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/99
- Stockholm - Statistik 2001
- Helsinki - Men and women in Helsinki City Administration 2002
- Bruxelles - Data for the public sector 2002
- Hansestadt Lübeck - Gleichbehandlungsbericht Dezember 2000

## Gelebte Gleichbehandlung

Der Anteil von Frauen im öffentlichen Dienst liegt in den Vergleichsstädten über 50 %, lediglich Brüssel weist 42 % auf. Werden aber die Anteile zum Beispiel in Bezug auf Vergütungsstrukturen oder Leitungsfunktionen betrachtet, wird deutlich, dass Frauen in sehr vielen Bereichen nach wie vor unterrepräsentiert sind. Bremen ist ein Beispiel dafür, wie sich die geschlechterspezifische Arbeitsaufteilung darstellt. Mehr als die Hälfte aller Frauen sind in fünf Personalgruppen beschäftigt: Raumpflegerinnen, Erzieherinnen/Betreuerinnen, Verwaltungspersonal, Schreibkräfte und Lehrerinnen. Eine besondere Frauendomäne ist nach wie vor der Gesundheits- und Sozialbereich. In diesem Sektor weist beispielsweise Bremen eine Beschäftigungsstruktur von 74 % Frauen gegenüber 25 % Männern auf. Im gehobenen Dienst sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Es hat zwar in den vergangenen Jahren deutliche Steigerungen gegeben, eine Gleichstellung mit den männlichen Bediensteten ist aber noch lange nicht erreicht. In Lübeck verdoppelte sich zwar der Frauenanteil im Sozialbereich und in der allgemeinen Verwal-

tung, im technisch handwerklichen Bereich, der im Vergleich zu den sozialen Berufen mehr Stellen in den höheren Verwendungsgruppen bietet, sind dagegen weiterhin überwiegend Männer beschäftigt. Bei den Führungspositionen hat es im Berichtszeitraum keine Veränderungen gegeben. In Bremen zeigt sich ein ähnliches Bild: Bei höherwertigen Einreihungen liegt der Frauenanteil bei 52 %, bei den Leitungspositionen bzw. Schlüsselpositionen hingegen bei nur 33 %. Auch Brüssel weist diese Tendenz auf: In den Bezirksverwaltungen repräsentieren Frauen in der B-Ebene (Funktionsgruppen A-E) die Hälfte aller Bediensteten, in A-Funktionen sind sie lediglich mit 32 % vertreten. In Lübeck gibt es bei gleichbleibenden Beschäftigungszahlen eine Verschiebung zugunsten der Männer in höheren Positionen.

Die Bestellung von Frauenbeauftragten konnte nur wenig zu einer Trendwende beitragen. Die in den einzelnen Landesgleichstellungsgesetzen selbst auferlegte Gleichstellung ist noch nicht vollständig verwirklicht. Nach wie vor sind die Arbeitsbedingungen überwiegend auf traditionelle männliche Lebensmuster und Karriereverläufe zugeschnitten. Dementsprechend gestalten sich auch die Wider-

**Abb. 1** Weibliche Bedienstete in den Vergleichsstädten

